



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 07.05.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 15. Mai 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 06.03.2024**
2. **Jährlicher Bericht zum Sonderprogramm Deutsch durch das Amt für Zuwanderung und Integration**

3. 24-F-69-0015

ANLAGE

Wohnungslose in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -
- Beschluss Nr. 0020 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 06.03.2024 -
- Präsentation durch das Dezernat VI -

4. 24-F-63-0030

Informationen zu Leistungen für Bildung und Teilhabe

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 06.05.2024 -

Die verschiedenen Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT), auch Bildungspaket genannt, unterstützen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Familien, die wenig Geld haben. Mit diesen Leistungen können Angebote in Schule und Freizeit genutzt werden, wenn Eltern sich die Kosten dafür ansonsten nicht leisten könnten. Bei berechtigtem Bedarf erhalten Eltern zum Beispiel eine jährliche Pauschale für den persönlichen Schulbedarf pro Kind, die Kosten für das Mittagessen, für Schul- bzw. Klassenfahrten und andere Dinge können bezuschusst werden. Es gibt Antragsformulare, die auf der Homepage der Stadt Wiesbaden abgerufen werden können. Allerdings lediglich in deutscher Sprache, mit Ausnahme der "Mittagsverpflegung in schulischer Verantwortung", die auch in ukrainischer Sprache zur Verfügung steht.

***Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:***

- 1 ob geplant ist, die Antragsformulare für Leistungen aus dem Bildungspaket - insbesondere auch auf der Homepage der Stadt Wiesbaden - mehrsprachig anzubieten und wenn ja, in welchen Sprachen?
- 2 Wie derzeit sichergestellt wird, dass bis zum übersetzten "Antragsformular" Eltern entsprechend informiert werden (englisch, bulgarisch, polnisch, arabisch...)?

5. 24-F-22-0005

Berichte zu Geflüchteten in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 07.05.2024 -

Viele Menschen sind in den letzten Monaten und Jahren als Geflüchtete nach Wiesbaden gekommen. Das hat zu verschiedenen Entwicklungen geführt - insbesondere was mögliche Unterbringungsmöglichkeiten betrifft. An mehreren Stellen ist es zu Diskussionen in Bezug auf die Standorte der Unterkünfte gekommen - teilweise deutlich über das hinausgehend, was wir in der Landeshauptstadt Wiesbaden gewohnt sind.

Folglich stellt sich die Frage, wie man die teilweise zurückgehende Akzeptanz weiter aufrechterhalten kann. Dabei könnten eine höhere Transparenz sowie eine angepasste Kommunikation eine tragende Rolle spielen. So können Zahlen zu neu zugewiesenen Geflüchteten des letzten Quartals möglicherweise etwas an Brisanz verlieren, wenn sie mit weiteren Daten in Kontext gesetzt werden.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Regelmäßig die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand der Geflüchteten in Wiesbaden zu berichten. Dabei sollten insbesondere auch folgende Punkte bei Veröffentlichungen von Zahlen Erwähnung finden:
 - a. Wie viele Geflüchtete haben die Stadt wieder verlassen?
 - b. Wie viele Flüchtlinge sind von Gemeinschaftsunterkünften in eigene Wohnungen umgezogen?

2. zu berichten:
 - a. Wie viele Geflüchtete leben derzeit in Wiesbaden? Wie viele sind davon als Asylsuchende anerkannt?
 - b. Wie ist die prozentuale Auslastung aller Unterkünfte?
 - c. Aus welchen Herkunftsländern stammen die derzeit in Wiesbaden lebenden Flüchtlinge?
 - d. Wie viele Geflüchtete werden aktuell der Landeshauptstadt Wiesbaden pro Woche zugewiesen?
 - e. Aus welchen Herkunftsländern stammen die neu zugewiesenen Flüchtlinge überwiegend?
 - f. Wie viele Flüchtlinge haben die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder verlassen?
 - g. Wie viele Geflüchtete sind von Gemeinschaftsunterkünften in eigene Wohnungen umgezogen?

3. über die Bereitstellung von Brandschutz Helfern in Gemeinschaftsunterkünften zu berichten.
 - a. Wie ist die Bereitstellung von Brandschutz Helfern in den Unterkünften geregelt? Finden hierzu regelmäßige Schulungen/Fortbildungen statt?
 - b. Wie viele ausgebildete Brandschutz Helfer sind derzeit in den Flüchtlingsunterkünften in Wiesbaden tätig?

4. In Bezug auf das aktuelle Wiesbadener Konzept der Flüchtlingsaufnahme zu folgenden Fragen zu berichten:
 - a. Gab es seit dem Jahr 2015 Änderungen in den Ansätzen oder Strategien bezüglich der Flüchtlingsaufnahme und -integration in Wiesbaden? Wenn ja, welche Änderungen?
 - b. Wie wird sichergestellt, dass die soziale Infrastruktur im Umfeld der Unterkünfte den Bedürfnissen der dort lebenden Flüchtlinge entspricht - z.B. in Bezug auf die Versorgung mit ausreichend Spielmöglichkeiten im Freien in der Umgebung.

6. 24-F-15-0016

Gibt es eine zunehmende Jugendkriminalität in Wiesbaden?
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 06.05.2024 -

Vor wenigen Wochen hat das Amtsgericht Wiesbaden auf die zunehmende Verwahrlosung und Verrohung von Kindern und Jugendlichen hingewiesen, die laut der Einladung zu dem Jahrespressegespräch aus verschiedenen Ursachen, wie fehlende Erziehungskompetenz der Eltern, Suchtmittelmissbrauch, missbräuchlicher Gebrauch von technischen Medien usw., zu erklären sind.

Die festgestellten negativen Entwicklungen zu einer "zunehmenden Jugendkriminalität" haben auch die Presse aufgerüttelt. Sie sind "eine deutliche Warnung an die Gesellschaft" (WK vom 19.4.2024, S.9).

In dieser Situation ist ein verstärktes und wirkungsvolles Einschalten der Sozialverwaltung angesagt.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1 ob er tatsächlich in unserem Stadtgebiet die von den Richtern behauptete "steigende Jugendkriminalität" wahrnimmt, und wenn ja, ob es hier örtliche Schwerpunkte gibt,
- 2 wie sich diese Entwicklung anhand von konkreten Zahlen belegen lässt (Entwicklung der letzten 4 Jahre); dabei sollen Fallzahlen, Ortsbezirke und Altersklassen angegeben werden,
- 3 welche Maßnahmen diesbezüglich in der Vergangenheit von der Landeshauptstadt Wiesbaden durchgeführt wurden und mit welchen Erfolgen bzw. Misserfolgen, und welche Ämter daran beteiligt waren,
- 4 welche Konsequenzen die Landeshauptstadt Wiesbaden aus den Darlegungen in der Pressekonferenz des Amtsgerichtes vom 18.04.2024 zieht und
- 5 ob die Landeshauptstadt Wiesbaden in dieser Sache neue Präventionswege beschreiten will, um der negativen Entwicklung wirkungsvoll entgegenzutreten und ob es dabei positive Erfahrungsberichte anderer Städte in vergleichbarer Größe und Struktur gibt.

7. 24-I-30-0005

ANLAGE

Antidiskriminierende, inklusive Kommunikation in allen öffentlichen Werbe- und Kommunikationskanälen
- Beschluss Nr. 0021 des Ausländerbeirates vom 18.03.2024 -

8. 24-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

- Die Magistratsberichte zu den nachfolgenden Tagesordnungspunkten 1 bis 9 stehen jeweils im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

1. 22-A-79-0012

Fußgänger-Mittelinsel über den 1. Ring am Hbf und barrierefreie Gestaltung der gesamten Anlage der Bussteige und Überwege am Hauptbahnhof
- Bericht des Dezernates V vom 14.04.2024 -

2. 22-A-79-0017

Parkplätze für behinderte Menschen in der Innenstadt
- Bericht des Dezernates V vom 31.01.2024 -

3. 22-A-79-0018

Fußgängerampeln bis 24:00 Uhr in Betrieb lassen
- Bericht des Dezernates V vom 31.01.2024 -

4. 23-F-15-0023

Stopp der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Lessingstraße 16-18
- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 04.10.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 23.02.2024 -

5. 23-F-15-0030

Arbeitsmarktzugang von ukrainischen Flüchtlingen
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.11.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 20.02.2024 -

6. 23-F-63-0142

Dynamisierung der Zuschüsse gemäß Jugendhilfekommission (JHK)
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 15.11.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 15.02.2024 -

7. 23-F-63-0152

Rainbow Refugees

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.11.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 18.04.2024 -

8. 23-F-69-0086

Berufsvorbereitungskurse in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.11.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 07.02.2024 -

9. 24-F-63-0001

Für mehr demokratische Beteiligung für Kinder in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 17.01.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 12.04.2024 -

10. 24-V-51-0009

DL 10/24-11

Nachbesetzungen stimmberechtigte Mitglieder und stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder
Jugendhilfeausschuss (JHA)

11. 24-V-51-0013

DL 11/24-6

Sanierung der Terrassenanlage und des Kellerraums in der Altenwohnanlage Alwinenstraße

12. 24-V-51-0016

Nachbesetzung eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitglieds im
Jugendhilfeausschuss (JHA)

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 14.05.2024, die Beratungsunterlagen
werden nachgereicht. -*

13. 24-V-67-0007

DL 12/24-5

Kinderspielplatz Warmer Damm

14. 24-V-67-0008

DL 12/24-6

Kinderspielplatz In den langen Ruten

15. 24-V-67-0012

DL 12/24-7

Ersatzbeschaffungen von Kinderspielplatzgeräten

16. 24-V-67-0013

Kinderspielplatz Schlosspark Biebrich (südlicher Teil)

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 14.05.2024, die Beratungsunterlagen werden nachgereicht. -

17. 24-V-67-0014

Kinderspielplatz Philipp-Holl-Straße

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 14.05.2024, die Beratungsunterlagen werden nachgereicht. -

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender

TOP 3/I



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 6. März 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-69-0015

Wohnungslose in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Immer mehr Menschen in Deutschland sind wohnungslos: In Hessens Großstädten hat die Zahl der wohnungslosen Menschen in den vergangenen zehn Jahren zugenommen. Laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAGW) waren im Jahr 2022 in Deutschland 607.000 Menschen wohnungslos - fast 60 Prozent mehr als im Jahr 2021. Nach letzten Zahlen (2020) sind in Wiesbaden offiziell 600 Personen wohnungslos gemeldet.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über die aktuelle Auslastung des Männer- und Frauenwohnheims in Wiesbaden zu berichten. Wie hat sich die Auslastung des Männer- und Frauenwohnheims in den letzten 10 Jahren entwickelt?
2. über weitere Möglichkeiten für wohnungslose Menschen in Wiesbaden zu berichten.
 - a. Welche aktuell verfügbaren Unterkunftsmöglichkeiten, Hilfsangebote und Beratungsdienste gibt es speziell für wohnungslose Menschen in Wiesbaden?
 - b. Haben sich die Bedarfe von Wohnungslosen in den letzten Jahren geändert (neben dem Thema Unterkunft)? Gibt es Mehrbedarfe? Falls ja, wie sehen die Mehrbedarfe konkret aus?
 - c. Gibt es Angebote die gegebenenfalls weniger genutzt werden?
3. über die Auslastung aller Unterkunftsmöglichkeiten für Wohnungslose zu berichten. Wird der Bedarf für mehr Plätze für Wohnungslose gesehen und wenn ja, gibt es Pläne? Falls ja, über den aktuellen Stand der Pläne zu berichten.
4. über das Verhältnis von freiwillig Wohnungslosen zu unfreiwillig Wohnungslosen zu berichten.

Beschluss Nr. 0020

Der Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 wird in der folgenden Fassung angenommen:

I. Der Magistrat wird gebeten,

1. über die aktuelle Auslastung des Männer- und Frauenwohnheims in Wiesbaden zu berichten. Wie hat sich die Auslastung des Männer- und Frauenwohnheims in den letzten 10 Jahren entwickelt?
2. über weitere Möglichkeiten für wohnungslose Menschen in Wiesbaden zu berichten.
 - a. Welche aktuell verfügbaren Unterkunftsmöglichkeiten, Hilfsangebote und Beratungsdienste gibt es speziell für wohnungslose Menschen in Wiesbaden?
 - b. Haben sich die Bedarfe von Wohnungslosen in den letzten Jahren geändert (neben dem Thema Unterkunft)? Gibt es Mehrbedarfe? Falls ja, wie sehen die Mehrbedarfe konkret aus?
 - c. Gibt es Angebote die gegebenenfalls weniger genutzt werden?
3. über die Auslastung aller Unterkunftsmöglichkeiten für Wohnungslose zu berichten. Wird der Bedarf für mehr Plätze für Wohnungslose gesehen und wenn ja, gibt es Pläne? Falls ja, über den aktuellen Stand der Pläne zu berichten.
4. *über die Varianten der Bedürfniskompensation und im Allgemeinen über die Hintergründe der steigenden Wohnungslosigkeit und der darauf basierenden Unterstützungsformen zu berichten.*

II. *Der Antrag soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 15.05.2024 gemeinsam mit dem Magistratsbericht erneut behandelt werden.*

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, ¹⁴ .03.2024



Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, ¹⁸ .03.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, ²¹ .03.2024

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung



Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

BCC

TOP 7/I

Vorlage Nr. 24-I-30-0005

Tagesordnungspunkt 7

der öffentlichen Sitzung des Ausländerbeirats am 18. März 2024

Antidiskriminierende, inklusive Kommunikation in allen öffentlichen Werbe- und Kommunikationskanälen

Antrag der DAL-Liste:

Der Ausschuss für Soziales wird gebeten, die Darstellung durch Stereotypisierung zu verbieten und eine Anti diskriminierende, inklusive Kommunikation in allen öffentlichen Werbe- und Kommunikationskanälen der Stadt Wiesbaden zu fördern und die Beachtung dieser Perspektive in bestehende Antirassismus-Fortbildungsangebote der Stadtverwaltung unter dem Themenpunkt „Rassismus und Stereotypisierung in Medien“ einzubauen.

Begründung:

Am 31. Januar veröffentlichte die hessische Finanzverwaltung unter dem Accountnamen karriere.steuern.hessen ein Video auf Instagram, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Behörde zu gewinnen. Dabei nutzte die Behörde ein Video von einer Social-Media Komödiantin namens „conny.fromtheblock“, die durch verschiedene Rollen das Leben aus der Verwaltung auf humorvoller Art rüberzubringen versucht. Im besagten Video verwendet die genannte Komödiantin eine klischeebehaftete Figur, die Menschen aus dem türkischen-arabischen Sprachraum durch Stereotypisierungen sprachlich und inhaltlich reduziert sowie damit Diskriminierung schafft. Die sogenannte Ethno-Comedy wird in der Comedyszene stark hinterfragt und selbst von Vertretern wie Kaya Yanar kritisch reflektiert. Dementsprechend entspricht diese Art der Darstellung nicht unserer heutigen Zeit. Die Notwendigkeit, sich kritisch mit der eigenen Sprache und den damit verbundenen Botschaften auseinanderzusetzen, ist insbesondere für öffentliche Institutionen von höchster Bedeutung, um Respekt, Vielfalt und Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu fördern. Der Ausländerbeirat appelliert auf eine respektvolle und wertschätzende Darstellung aller Bevölkerungsgruppen.

Beschluss Nr. 0021

Der Antrag der DAL-Liste wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat I z. w. V.
(Ausschuss für Soziales)



Kizilgöz
Vorsitzende